

DIHK-Gründerreport 2020: Corona und Bürokratie bremsen bei Unternehmensgründungen

Erschütterte Märkte, Umsatzeinbrüche, Liquiditätslücken, schmelzendes Eigenkapital – die Corona-Pandemie stellt die Unternehmen vor große Herausforderungen. Ein Schub an Innovationen und unternehmerischem Pioniergeist wäre jetzt wichtiger denn je. Die Realität sieht leider anders aus: Mitte August gaben mehr als die Hälfte der IHKs an, dass sie für das Jahr 2020 weniger oder sogar deutlich weniger Unternehmensgründungen in ihren Regionen erwarten. Nur acht Prozent rechnen mit mehr neuen Firmen. Dabei bremst neben Corona nach wie vor die umfangreiche Bürokratie neue Gründungen.

Stilllegungen oder Einschränkungen geschäftlicher Aktivitäten und Nachfragerückgänge erschweren Gründungen jetzt vor allem dort, wo sie in normalen Zeiten verstärkt stattfinden: in Gastgewerbe, Tourismus, Verkehr und anderen Dienstleistungsbranchen. In den Beratungen werden zwar auch Geschäftschancen thematisiert, die sich aus Angeboten zur Krisenbewältigung ergeben – daraus resultierende Gründungsvorhaben werden aber einen Rückgang der Neugründungen in diesem Jahr nicht verhindern können. Dabei hatte Deutschland gerade erst die Trendwende geschafft. Für 2019 berichten die IHKs erstmals seit neun Jahren wieder von einem Plus bei den Gesprächen mit Gründungsinteressierten – ein Zuwachs von sechs Prozent auf rund 180.000. An diesen Spirit gilt es anzuknüpfen. Dabei kommt es auf innovative und wachstumsorientierte Start-ups ebenso an wie auf die große Zahl von Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die in den Regionen für Lebensqualität und gute Angebote für Kunden sowie andere Betriebe sorgen.

KfW-Schnellkredite auch an kleinere Unternehmen vergeben

In der Corona-Krise sind die Gründungs-Förderangebote von KfW, Bürgschaftsbanken und Landesförderinstituten wichtiger denn je. Dabei sollten die KfW-Förderprodukte wie etwa das KfW-Startgeld so ausgestaltet werden, dass sie auch jetzt in der Krise bei der Zielgruppe ankommen. Für kleinere Volumina wäre es sinnvoll, vereinfachte Prüfverfahren vorzusehen. Der neu geschaffene KfW-Schnellkredit sollte auch für Unternehmen mit weniger als elf Mitarbeitern zugänglich sein. Ferner brauchen die Betriebe einen besseren Zugang zum Beteiligungskapital. Der Zwei-Milliarden-Fonds des Bundes für innovative Start-ups sollte deshalb in allen Bundesländern verfügbar sein. Wichtig ist die Stärkung des Eigenkapitals der Unternehmen, damit diese sich in einem zunehmend schärferen Wettbewerb behaupten und in Innovationen investieren können.

Bürokratie abbauen – für mehr Neugründungen und einfachere Nachfolgen

Gute Rahmenbedingungen sollten gerade auch die noch jungen Unternehmen in die Lage versetzen, den Krisenmodus aus eigener Kraft zu verlassen. Immerhin 70 Prozent der Start-ups sehen im Abbau bürokratischer Hemmnisse die erste Politikpflicht. An der Schnittstelle zwischen Betrieben und Verwaltung ist eine viel konsequentere Digitalisierung erforderlich. Ein Beispiel: Es sollte zukünftig ausreichen, dass Unternehmen ihre Daten nur einmal melden. Bürokratieabbau ist etwa auch bei der Übernahme von Gaststätten oder Geschäften durch neue Pächter wichtig. Der DIHK hat in einer Studie am Beispiel des Gastgewerbes zehn Top-Forderungen zum Bürokratieabbau abgeleitet – von der Abschaffung der Meldescheine bis hin zur Anpassung von Pflichten bei der Allergenkennzeichnung. In anderen Branchen ist die Situation ähnlich. Die Bundesregierung kann also noch viel dafür tun, dass Corona das Gründungsgeschehen in Deutschland in diesem Jahr lediglich leicht bremst und dass sich der zuvor gerade eingeleitete positive Gründungstrend fortsetzt.